

Stasi und Röntgen

VON BERNHARD ALBRECHT

Wo kein Geschädigter existiert, besteht auch kein Ermittlungsbedarf. Hinter diesem Rechtsgrundsatz haben sich die Behörden im Falle des ominösen Bestrahlungsgerätes aus der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera jahrelang versteckt. Der Fall Jürgen Fuchs hat verdeutlicht, wie problematisch eine solche Haltung ist, wenn die Betroffenen unter Langzeitschäden leiden. Den ehemaligen politischen Häftlingen der DDR sind weder die Ohren abgeschnitten noch die Beine gebrochen worden. Ein furchtbarer Verdacht steht im Raum: Möglicherweise sind sie

von der Stasi mit Röntgen- oder Gammastrahlen geschädigt worden. Zehn Jahre mußten vergehen, drei Regimekritiker mußten durch Krebs sterben, tausende ehemaliger Häftlinge in Angst leben, bis die Staatsanwaltschaft dem Druck nachgegeben hat und endlich untersucht, ob im Geraer Fotozimmer radioaktive Rückstände nachweisbar sind. Wenn der Verdacht durch das Gutachten entkräftet wird, können die Betroffenen aufatmen. Der Fund aus Gera wäre ein Schlüsselhinweis. Mit ihm steht und fällt ein Wall von Spekulationen.

Kommentar

Die Welt, 4.6.99, Forum, S. 10

Stasi-Artikelserie Teil 3

Strahlenexperten untersuchen Stasi-Gefängnis

Hat das MfS mit Spezialgeräten Häftlinge geschädigt? – Staatsanwaltschaft sucht in Gera nach Beweisen

VON BERNHARD ALBRECHT

Gera – Donnerstag, 14 Uhr, Ortstermin. Der Strahlenexperte Herwig Paretzke und seine Mitarbeiterin Yeter Göksu treffen vor der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt Gera auf den ermittelnden Oberstaatsanwalt Klüber. Ein grauenhafter Verdacht soll geklärt werden: Hat die Stasi hier Häftlinge absichtlich krebserregenden Strahlen ausgesetzt? Der Krebstod des Bürgerrechtlers und Schriftstellers Jürgen Fuchs hat einem alten Verdacht neue Nahrung gegeben.

Die schmutziggroße Fassade des Gebäudes täuscht darüber hinweg, daß der unter Bürgerrechtlern als „U-Boot“ bezeichnete fensterlose Trakt der Justizvollzugsanstalt Gera noch genutzt wird. Vier Wochen vor dem geplanten Abriß warten in den Zellen Untersuchungshäftlinge auf den Abtransport in eine modernere Haftanstalt. „Verschiebebahnhof“, sagt der schmauzbärtige Gefängniswärter, der die Besucher zu dem Fotozimmer geleitet, „das hier wird den Häftlingen nicht mehr lange zugemutet.“

Auf dem Weg passieren Paretzke und Göksu quietschende Gittertore, von denen die noch aus DDR-Zeiten stammende Lackfarbe abblättert. An den schmutzig-gelben Wänden der von Neonlicht erleuchteten Gänge verläuft ein Kabel mit Steckkontakten. Wenn früher ein Stasi-Wächter diese Kontakte unterbrach, leuchtete am Kontrolltisch des Eingangsbereichs eine Lampe auf, die eine genaue Positionsbestimmung des Wärters und seines Gefangenen ermöglichte. So wurde verhindert, daß sich Gefangene auf ihren Wegen durch die Gänge jemals begegneten – Teil eines perfiden Plans, mit dem die vollkom-

men isoliert gehaltenen, politischen Häftlinge psychisch gebrochen werden sollten.

Das fensterlose Fotozimmer mißt knapp zehn Quadratmeter. Beklemmende Enge. Hier haben Bürgerrechtler nach der Wende eine mysteriöse Strahlenkanone entdeckt, die auf nicht minder mysteriöse Weise verschwunden ist. „Eine Leiter brauche ich noch“, bittet Paretzke den Wärter. Bei der Auswahl der Stellen, von denen die Gesteinsproben an der Rückwand des Fotozimmers entnommen werden, muß der Radius des vermuteten Strahlenkegels berücksichtigt werden.

Nach Angaben des zuständigen Oberstaatsanwaltes Raimund Sauter wird die Analyse dieser Proben etwa vier Monate in Anspruch nehmen. „Das gilt allerdings nur für den Fall, daß die vermutete Strahlendosis sehr gering war“, so Paretzke zur WELT. Die Untersuchungen werden in jedem Fall zeigen, ob harmlosere Röntgenstrahlung oder gefährlichere Gamma-Strahlung zum Einsatz kamen, wie hoch die Gesamtstrahlendosis war und ob das Bestrahlungsgerät auf den Kopf, Rumpf oder die Beine des Untersuchungshäftlings ausgerichtet war. Sogar über das mögliche Krebsrisiko ließe sich eine Aussage treffen, so Strahlenexperte Paretzke.

In früheren Gesprächen mit der WELT hatte Paretzke darauf hingewiesen, daß die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt auf keinen Fall abgerissen werden darf, bevor die Untersuchungsergebnisse nicht hieb- und stichfest sind. Oberstaatsanwalt Klüber teilte der WELT mit, daß er sich mit dem Strahlenexperten darüber absprechen werde, ob ein Abriß des Gebäudes im Juli verantwortet werden könne.



Rätsel hinter hohen Mauern: Die Staatsanwaltschaft in Thüringen versucht mit Hilfe von Strahlenschutzexperten zu klären, was sich im Stasi-Gefängnis von Gera wirklich abgespielt hat. Untersuchungen sind jetzt angelaufen

FOTO: SOMMARIVA